

WAHLPROGRAMM

2014 – 2018

**GRÜNLIBERALE PARTEI
STADT ZÜRICH**


grünliberale
zurich.grunliberale.ch

UNSERE FORDERUNGEN 2014 – 2018 IM ÜBERBLICK

MEHR FREIHEIT WAGEN

- ▶ Privatsphäre schützen
- ▶ Öffentlichen Raum zurückhaltend überwachen
- ▶ Wegweisungspraxis überprüfen
- ▶ Bürokratische Hürden abbauen

WOHNRAUM SCHAFFEN DURCH VERDICHTUNG

- ▶ Quartiere sind für alle da
- ▶ Gemeinnützigen Wohnungsbau durch private und institutionelle Bauherren stärker fördern
- ▶ Städtische Instrumente gezielt und zurückhaltend einsetzen
- ▶ Hochhauszonen und Verdichtung vorantreiben
- ▶ Zentren der Aussenquartiere fördern
- ▶ Raumbedarf der öffentlichen Verwaltung konzentrieren
- ▶ Ökologisches Bauen und Wohnen unterstützen

MULTIMOBIL DENKEN

- ▶ Städteinitiative konsequent umsetzen
- ▶ Öffentlichen Verkehr ausbauen
- ▶ Zentrale Knotenpunkte entlasten
- ▶ Kein Mehrverkehr durch neue Stadttunnel

- ▶ Auto-, Fussgänger- und Veloverkehr entflechten
- ▶ Veloinfrastruktur zur Verfügung stellen
- ▶ Umsteigemöglichkeiten verbessern
- ▶ Pragmatische Parkplatzpolitik weiterführen
- ▶ Mehr Lebensqualität dank weniger Verkehrslärm und sauberer Luft
- ▶ Menschen mit Behinderung unterstützen

MIT ENERGIE IN DIE ZUKUNFT

- ▶ Ökologische Sanierungen erleichtern
- ▶ Minimalstandards für Neubauten einführen
- ▶ Wärmegewinnung ausbauen
- ▶ Elektrizitätsproduktion nachhaltig gestalten
- ▶ Clevere Energieverteilung realisieren

STÄDTISCHE NATUR SCHÜTZEN

- ▶ Stadtklima im Auge behalten
- ▶ Die Stadt braucht mehr Grünflächen
- ▶ Ökologische Raumplanung realisieren
- ▶ Naherholungsgebiet Wald schützen und nützen
- ▶ Rohstoffkreisläufe schliessen
- ▶ Wasser: Verbrauch senken und in der Freizeit massvoll nützen

FÜR EIN FLORIERENDES GEWERBE

- ▶ Unternehmerfreundliches Umfeld schaffen
- ▶ KMU entlasten
- ▶ Start-ups und Innovation unterstützen
- ▶ Standortpflege mit Langfristperspektive

FINANZPLANUNG MIT AUGENMASS

- ▶ Mittel effizient einsetzen
- ▶ Projekt 17/0 mutig realisieren
- ▶ Steuern stabil halten
- ▶ Eigenkapital schonen
- ▶ Investitionsplafond einhalten
- ▶ Anreize für Private schaffen

FÜR DIE VIELFALT DER LEBENSFORMEN

- ▶ Lebensgemeinschaften unterstützen, die Verantwortung für Heranwachsende und Schwache übernehmen,
- ▶ Familie und Beruf müssen für alle vereinbar sein
- ▶ Geschlechtliche und sexuelle Identitäten und Orientierungen respektieren

BILDUNG UND MITSPRACHE FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

- ▶ Mehr Freiheit und Autonomie für Schulen
- ▶ Alle müssen Zugang zum Betreuungsangebot haben
- ▶ Voraussetzungen für Schulerfolg schaffen
- ▶ Tagesschulen als Standardmodell der Volksschule einführen

- ▶ Überbordenden sonderpädagogischen Massnahmen den Kampf ansagen
- ▶ Jugendlichen eine Chance auf Arbeit ermöglichen
- ▶ Kindern und Jugendlichen eine Stimme geben
- ▶ Freiräume für Kinder und Jugendliche

HILFE ZUR SELBSTHILFE

- ▶ Eigenverantwortung fördern
- ▶ Prävention stärken
- ▶ Bildung ist die beste Sozialpolitik
- ▶ Zeitgemässe Rahmenbedingungen für die Prostitution
- ▶ Den demografischen Wandel gestalten
- ▶ Ältere Arbeitnehmende stärken

FAIRNESS IM ZUSAMMENLEBEN

- ▶ Integration ermöglichen
- ▶ Keine zusätzlichen Hürden bei der Einbürgerung
- ▶ Zäme läbe, zäme entscheide
- ▶ Mit Asylsuchenden fair umgehen

LEBENDIGE KULTUR- UND SPORTSZENE

Kultur

- ▶ Künstlerische Freiheit respektieren
- ▶ Künstlerische Vielfalt und finanzielle Mittel erhalten
- ▶ Kulturstandort stärken
- ▶ Jugendkultur fördern

Sport

- ▶ Sportvereine unterstützen
- ▶ Individualsport fördern
- ▶ Schulsport stärken

Inhaltsverzeichnis

Unsere Forderungen 2014 – 2018 im Überblick	Umschlagsklappe
Vorwort	1
1 Mehr Freiheit wagen	2
2 Wohnraum schaffen durch Verdichtung	4
3 Multimobil denken	7
4 Mit Energie in die Zukunft	10
5 Städtische Natur schützen	12
6 Für ein florierendes Gewerbe	14
7 Finanzplanung mit Augenmass	16
8 Für die Vielfalt der Lebensformen	18
9 Bildung und Mitsprache für Kinder und Jugendliche	20
10 Hilfe zur Selbsthilfe	23
11 Fairness im Zusammenleben	25
12 Lebendige Kultur- und Sportszene	27
Rückblick auf die erste Legislatur 2010–2014 im Gemeinderat	31

VORWORT

Als Partei der ökologischen Mitte sind unsere politischen Zielsetzungen konsequent auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Wobei die drei Komponenten der Nachhaltigkeit – Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft – für uns gleichwertig sind. Dabei wollen wir keine kurzfristigen (Schein-) Lösungen, sondern langfristige, zukunftsfähige Entwicklungen vorantreiben, die der Allgemeinheit dienen.

Wir halten das klassische Links-Rechts-Schema in der Politik für überholt. Weshalb sollte Umweltschutz nur ein linkes Anliegen sein und der Wunsch nach gesunden Staatsfinanzen nur ein rechtes? Wir wollen unabhängig und konstruktiv gemeinsam mit allen Parteien nach zukunftsorientierten Lösungen suchen.

Als liberale Partei gilt unser politisches Augenmerk an vorderster Stelle der persönlichen Freiheit und der freien Selbstbestimmung der Menschen, denn wir glauben an den Fortschritt und die freie Entfaltung jedes Individuums. Diese kostbaren Errungenschaften einer modernen Gesellschaft wollen wir in unserer politischen Arbeit verteidigen und fördern.

Was wir uns konkret für die nächsten vier Jahre vorgenommen haben, ist auf den folgenden Seiten zu finden.

Wir wünschen eine anregende Lektüre und freuen uns über Feedback.

1 MEHR FREIHEIT WAGEN

Die Freiheit des Menschen ist ein Gut, das wir Grünliberalen hochhalten. Freiheit heisst nicht, dass jeder tun und lassen kann, was er will. Die Freiheit hat ihre Grenze an der Freiheit der anderen, auch an der Freiheit künftiger Generationen. Diese Maxime stellt gerade in dicht bewohnten Städten wie Zürich eine grosse Herausforderung dar. Wenn viele Menschen auf engem Raum zusammenwohnen, hat das Handeln eines Einzelnen oft einen Einfluss auf andere. Es ist daher die Aufgabe der Politik, ein Minimum an allgemeinen gesellschaftlichen Regeln zu definieren, welche dieses Zusammenleben in Freiheit ermöglichen und Zwang minimieren, auch wenn er nie ganz ausgeschlossen werden kann. Gerade in gesellschaftlichen Fragen soll dabei weitestgehend auf punktuelle Regelungen und Detailsteuerungen verzichtet werden.

Dass die Stadt mit immer neuen und detaillierteren Regeln immer weiter in die Freiheit ihrer Bewohner eingreift, steht im Widerspruch zu unserer freiheitlichen Grundhaltung. Wir setzen uns gegen diese Entwicklung zur Wehr.

Die Grünliberalen werden sich deshalb in der nächsten Legislaturperiode für folgende Anliegen engagieren:

Privatsphäre schützen

Freiheit setzt voraus, dass dem Einzelnen ein privater Bereich zugestanden wird, in den andere und die öffentliche Hand nicht eingreifen können. Der Schutz der Privatsphäre ist deshalb ein Kernanliegen unserer Politik. Wir stellen fest, dass die Privatsphäre heute von verschiedenen Seiten bedroht wird. Wir wehren uns deshalb beispielsweise gegen die Offenlegung privater Wohn- und Beziehungsformen, gegen polizeiliche Präventionsdatenbanken, gegen staatliche Vorratsdatenspeicherung ohne Löschdatum und gegen öffentliche Steuerregister.

Öffentlichen Raum zurückhaltend überwachen

Die Datenschutzverordnung erlaubt den Einsatz von Videoüberwachung durch die Verwaltung. Die Grünliberale Partei will, dass dieses Instrument staatlicher Kontrolle nur äusserst zurückhaltend eingesetzt wird. Insbesondere sind auch die bereits existierenden Überwachungsanlagen hinsichtlich ihrer Rechtmässigkeit zu überprüfen und, wo diese nicht gegeben ist, abzuschalten. Die Überwachung ganzer Quartiere kommt für die glp nicht in Frage.

Wegweisungspraxis überprüfen

Die Zürcher Verwaltung macht von der Massnahme der Wegweisung extensiv Gebrauch. 2010 sprach die Stadtpolizei 1700 Wegweisungen aus. In den Jahren 2012 und 2013 waren es jeweils deutlich über 5000. Es entsteht so der Eindruck, zumindest ein Teil der Wegweisungen geschehe nicht aus zwingenden Gründen, sondern um Menschen aus dem öffentlichen Raum zu verbannen, die nicht der Norm entsprechen. Die gängige Praxis muss deshalb überprüft und das Mittel der Wegweisung deutlich zurückhaltender eingesetzt werden.

Bürokratische Hürden abbauen

Es ist durchaus mit der Freiheit vereinbar, dass es gewisse Dinge gibt, die verboten sind. Es ist jedoch nicht in Ordnung, wenn man für das meiste, das man tun kann, eine Erlaubnis braucht. In der Stadt Zürich herrscht zu unserem Bedauern eine Tendenz, die Regulierungsdichte laufend zu erhöhen. Seien es Sanierungen und Renovationen, Bauprojekte, Kinderbetreuungsangebote wie Krippen und Horte oder Quartierfeste, die Auflagen und Vorschriften der Verwaltung wie auch Zertifizierungsanforderungen aller Art nehmen laufend zu. Wir zweifeln daran, dass jede Bestimmung wirklich einen Nutzen für die Allgemeinheit hat, und kämpfen deshalb für den Abbau der städtischen Bürokratie, für Regelungen mit Ablaufdaten und für schlanke Verwaltungsabläufe.

2 WOHNRAUM SCHAFFEN DURCH VERDICHTUNG

Zürich belegt punkto Lebensqualität weltweit einen Spitzenplatz. Unsere Stadt bietet ihren Bewohnerinnen und Bewohnern u.a. eine moderne Infrastruktur und zahlreiche Freizeitmöglichkeiten.

Trotzdem gibt es Handlungsbedarf: Der Stadt fehlt eine klare Vorstellung, wie sie dem anhaltenden Wachstum begegnen will. Die Räumliche Entwicklungsstrategie der Stadt Zürich will nur die strategischen Erfolgspositionen erhalten (Durchmischung, Vernetzung, diskrete Urbanität, Lage und Umweltqualität), doch es fehlt der Mut, den Herausforderungen der erhöhten Wohnraumnachfrage unter Erhalt wertvoller Grünflächen und nutzerorientierter Freiräume mit neuen Ansätzen zu begegnen.

Die strukturellen Herausforderungen wie Verknappung des Wohnraums, wachsende Pendlerströme, einseitig zusammengesetzte Quartiere sowie Überbeanspruchung des öffentlichen Raums werden zu wenig angepackt.

Die Grünliberalen werden sich deshalb in der nächsten Legislaturperiode insbesondere im Rahmen der BZO-Revision für folgende Anliegen einsetzen:

Quartiere sind für alle da

Eine Stadt und ihre Quartiere leben und entwickeln sich. Kleinräumige Strukturen erlauben nachhaltige Lebensmodelle. Deshalb müssen in den Quartieren die soziale Durchmischung, die Infrastruktur, vielfältige Nutzungsmöglichkeiten von Räumen und Gebäuden sowie nutzerorientierte Freiräume bedarfsgerecht erhalten und gefördert werden. Innerstädtische Quartiere mit urbanem Charakter stellen dabei andere Ansprüche an die Freiraumgestaltung als ruhige Wohnquartiere am Stadtrand. Während in belebten Lagen die soziale und kulturelle Wirkung des öffentlichen Raums im Vordergrund steht, ist bei Letzteren die Wohnqualität zu verbessern, indem Begegnungszonen gefördert und attraktive Lebensräume geschaffen werden. In den Quartieren sollen die Tempo-30-Zonen ausgebaut sowie der Fuss-, der Velo- und der öffentliche Verkehr prioritär behandelt werden.

Gemeinnützigen Wohnungsbau durch private und institutionelle Bauherren stärker fördern

Die Vorgaben des Wohnbauartikels zu erfüllen, wird nur in Zusammenarbeit mit privaten Bauherren gelingen. Um mehr gemeinnützigen Wohnraum zu schaffen, will die glp ihnen eine Mehrausnutzung gewähren, wenn sie einen Teil der entstehenden Wohnungen nach Massgabe des gemeinnützigen Wohnungsbaus vermieten.

Weiter soll die Stadt Zürich bei Aufzonungen, Zonenänderungen und privaten Gestaltungsplänen die Möglichkeit erhalten, einen bestimmten Anteil an gemeinnützigen Wohnungen festzuschreiben.

Wenn der Kanton oder die öffentliche Hand (z.B. die SBB) Land auf städtischem Gebiet verkaufen, müssen die Bedürfnisse der Stadt berücksichtigt werden.

Die Gründung privater Hausgenossenschaften durch Mieterinnen und Mieter soll bei Handänderungen durch Beratung und Anreizsysteme gefördert werden.

Städtische Instrumente gezielt und zurückhaltend einsetzen

Die Ausweitung des Angebots an gemeinnützigem Wohnraum hat schrittweise und finanzpolitisch vernünftig zu erfolgen.

Günstiger Wohnraum soll unter anderem durch Förderung von Wohnbaugenossenschaften oder mittels Abtretung von städtischen Grundstücken an geeigneten Orten und mit entsprechenden Auflagen im Baurecht erfolgen. Auch sollen beispielhafte kommunale Wohnsiedlungen auf städtischen Grundstücken gebaut werden.

Die städtischen Wohnbaustiftungen ergänzen weiterhin das Angebot an bezahlbarem Wohnraum für kinderreiche Familien, ältere Menschen sowie finanzschwache Personen und Familien.

Das bewährte Mittel der Wohnbaukredite ist weiterzuführen.

Hochhauszonen und Verdichtung vorantreiben

Die Stadt muss ihr Verdichtungspotenzial nachhaltig nutzen. Um das Angebot an Wohnraum und Arbeitsplätzen zu erhöhen und Pendlerströme zu reduzieren, muss vermehrt auch in die Höhe gebaut werden. Mit Rücksicht auf das Stadtbild sollte dies konzentriert in wenigen Hochhauszonen ausserhalb der Innenstadt erfolgen. In den übrigen Quartieren soll durch gezielte Verdichtung (z.B. Dachaufstockung, komplette Inanspruchnahme der Ausnutzungsziffer, Gebäudeabstände und Aufzonungen in geeigneten Quartieren) mehr Wohnraum ermöglicht werden. Damit diese Potenziale von privaten Bauherren genutzt werden, müssen Anreize geschaffen werden, wie z.B. Mehr-

ausnutzung bei energetischen Sonderleistungen oder die Schaffung von Raum für gewerbliche Erdgeschossnutzung. Zum Ausgleich muss qualitativ hochwertiger Grünraum erhalten oder geschaffen werden.

Zentren der Aussenquartiere fördern

Damit die Verdichtungsreserven optimal genutzt werden, sollen auch periphere Quartierzentren gefördert werden. Eine hohe Lebensqualität in allen Quartieren trägt dazu bei, den Druck auf die innerstädtischen Lagen zu entschärfen. Der funktional gemischte und belebte Charakter innerstädtischer Quartierzentren soll deshalb auch in peripheren Lagen möglich sein. Dabei ist auf eine angemessene Massstäblichkeit der Gebäude, attraktive Erdgeschossnutzungen mit öffentlichem Charakter sowie eine gute Durchmischung von Nutzungen und Bevölkerungsgruppen zu achten. Wo möglich und sinnvoll, sollen bereits vorhandene ehemalige Dorfkerne als Quartierzentren aufgewertet und für lokal orientierte Gewerbenutzung gestaltet werden.

Raumbedarf der öffentlichen Verwaltung konzentrieren

Mit dem Stellenwachstum wächst auch der Raumbedarf der städtischen Verwaltung. Die Stadt ist zur Deckung dieses Bedarfs zunehmend auf Fremdmieten angewiesen. Das ist teuer und mit Risiken und Abhängigkeiten verbunden. Um diese Aufwendungen und Risiken von Fremdmieten zu minimieren, unterstützen die Grünliberalen die Realisierung eines zweiten Verwaltungszentrums.

Ökologisches Bauen und Wohnen unterstützen

Die Zunahme des Wohnflächenverbrauchs pro Person in städtischen Wohnungen soll gebremst werden. Dazu gehören Belegungsvorschriften in kommunalen Siedlungen und in Wohnbauträgern, die von der Stadt finanziell unterstützt werden. Mit baulichen Massnahmen ist der Energieverbrauch weiter zu reduzieren. Das bisher verwendete Minergie-Label hat sicher einiges bewirkt, allerdings müssen künftig auch andere Wege offengelassen werden, um energetische Verbesserungen zu erreichen.

3 MULTIMOBIL DENKEN

Zürich erfreut sich grosser Beliebtheit als Wohn- und Arbeitsort. Mehr Bewohner und mehr Arbeitsstellen führen jedoch zu Mehrverkehr. In Zürich wird der Raum, gerade für Verkehrswege, immer knapper.

Wir wollen, dass sich Personen in der Stadt Zürich sicher bewegen können und die durch Verkehr verursachte Lärm- und Luftbelastung reduziert wird. Deshalb sollen in der Planung und Umsetzung von Verkehrswegen effiziente, sichere, saubere und ruhige Verkehrsmittel Priorität haben.

Dazu müssen neue Angebote und Anreize für den öffentlichen und den Langsamverkehr geschaffen werden.

Die Grünliberalen werden sich deshalb in der Legislatur 2014–2018 unter anderem für folgende Anliegen einsetzen:

Städteinitiative konsequent umsetzen

Die glp sieht sich in ihren Forderungen durch das Ja der Stadtzürcher Stimmberechtigten zur Städteinitiative bestärkt. Konsequenterweise muss der Velo- und Fussverkehr auch bei temporären Einrichtungen wie z.B. Baustellen vorrangig miteingeplant werden. Der Bedarf an motorisiertem Individualverkehr sollte zunehmend mit Elektromobilität aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Die Stadt soll sich für die Schaffung einer City-Maut einsetzen.

Öffentlichen Verkehr ausbauen

Bis 2030 rechnet die VBZ mit einer Passagierzunahme von 30 Prozent. Die heute vorgesehenen Massnahmen reichen jedoch nicht, um die zukünftige Nachfrage nach öffentlicher Mobilität zu decken und Teile des motorisierten Individualverkehrs zu kompensieren. Die Grünliberalen fordern deshalb eine zeitnahe Umsetzung des Rosengarten-trams sowie der Tramverbindungen von Affoltern nach Oerlikon bzw. zum Bucheggplatz und von Altstetten zum Hauptbahnhof sowie den punktuellen Ausbau der Busverbindungen – insbesondere in Gebieten, die schlecht erschlossen sind oder einen wichtigen dezentralen Ver-

kehrsknotenpunkt ansteuern. Langfristig ist zu prüfen, ob ein Teil des ÖVs unterirdisch geführt werden kann. Ebenfalls in Erwägung zu ziehen ist die direkte Verbindung der städtischen Bahnhöfe durch eine Ringbahn.

Zentrale Knotenpunkte entlasten

Mit der Eröffnung der Durchmesserlinie wird noch mehr Verkehr direkt ins Zentrum von Zürich geführt. Dank attraktiven Tangentialverbindungen und damit verbunden dezentralen Verkehrsknotenpunkten soll das Zentrum entlastet und dank veränderter Pendlerströme sollen die Quartiere gestärkt werden.

Kein Mehrverkehr durch neue Stadttunnel

Die hohen Kosten, kombiniert mit einem unerwünschten Verkehrsanstieg bei den Tunnelausgängen und nur geringer Immissionsreduktion, sprechen gegen neue Stadttunnel. Die Grünliberalen sind überzeugt, dass die betroffenen Quartiere durch eine Verlagerung des Verkehrs auf die Umfahrung und den ÖV wirksamer entlastet werden.

Auto-, Fussgänger- und Veloverkehr entflechten

Um die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden zu erhöhen, sollen wo möglich die Verkehrsflächen für verschiedene Fortbewegungsmittel voneinander entflechtet werden. Mischflächen für Fussgänger und Velofahrer sollen nur dann geschaffen werden, wenn für den Veloverkehr keine alternative Routenführung möglich ist.

Veloinfrastruktur zur Verfügung stellen

Die Veloverbindungen in der ganzen Stadt müssen sicherer werden. Veloverleihsysteme sind kostenneutral zu betreiben und durch Private oder eine Public Private Partnership zu finanzieren. Um junge Verkehrsteilnehmende auf die Gefahren des Verkehrs aufmerksam zu machen, sollen weiterhin Verkehrspolizistinnen und -polizisten den Schulunterricht besuchen und Veloparcours auf Pausenplätzen gebaut werden.

Umsteigemöglichkeiten verbessern

Um ein Umsteigen auf den ÖV zu erleichtern, müssen die Park+Ride-Angebote in der Agglomeration ausgebaut werden. Für Velos sind geeignete Parkmöglichkeiten rund um die zentralen Verkehrsknotenpunkte anzubieten.

Pragmatische Parkplatzpolitik weiterführen

Die Grünliberalen der Stadt Zürich stellen sich hinter den historischen Parkplatzkompromiss. Eigentümer, die gemäss heutiger Parkplatzverordnung einen grossen Überhang an Parkierungsmöglichkeiten aufweisen, sollen davon überzeugt werden, bereits bestehende Parkplätze als öffentliche Parkierungsmöglichkeiten anzubieten. Dies würde erlauben im Sinne des historischen Parkplatzkompromisses wertvolle Verkehrsfläche an der Oberfläche zu schaffen und Autos in teils bereits gebauten Parkhäusern unterzustellen. Für das Gewerbe müssen genügend Warenumschlagplätze und Dienstleistungshalteplätze zur Verfügung stehen.

Mehr Lebensqualität dank weniger Verkehrslärm und sauberer Luft

Quartierstrassen sollen, wo das noch nicht geschehen ist, in Tempo-30- oder Begegnungszonen (in den Quartierzentren) umgewandelt werden. Ausnahmen können dort genehmigt werden, wo der öffentliche Verkehr fährt. Regionale oder kantonale Strassen können bei Tempo 50 belassen werden. Strecken mit erlaubten Höchstgeschwindigkeiten von 80 oder 60 Stundenkilometern sollen auf 50 abklassiert werden. Damit behalten zentrale Strassenverbindungen durch schnelleres Vorankommen ihre Sogwirkung, das Unfallrisiko und die Luftverschmutzung können jedoch weiter eingedämmt werden.

Menschen mit Behinderung unterstützen

Die Trennung verschiedener Verkehrsmittel führt insbesondere für unsichere oder behinderte Verkehrsteilnehmende zu mehr Sicherheit. Menschen mit Behinderung soll der Zugang zu allen öffentlichen Verkehrsmitteln gewährleistet werden. Wo dies aus baulicher oder finanzieller Sicht nicht möglich ist, sollen alternative Lösungen angeboten werden.

4 MIT ENERGIE IN DIE ZUKUNFT

Die Verwirklichung der 2000-Watt-Gesellschaft ist uns ein zentrales Anliegen. Der Energieverbrauch muss deshalb verringert und der Anteil erneuerbarer Energien erhöht werden. Als dicht bevölkerter Siedlungsraum bietet Zürich hervorragende Voraussetzungen für die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft, auch mittels raumplanerischer Instrumente. Die glp setzt für die Erreichung dieser Ziele auf wirtschaftliche Anreize und Lenkungsabgaben.

Die Grünliberalen werden sich deshalb in der nächsten Legislaturperiode für folgende Anliegen engagieren:

Ökologische Sanierungen erleichtern

Bei energetisch vorbildlichen Sanierungen soll den Bauherren eine höhere Ausnutzungsziffer zugestanden werden. So können sowohl der ökologische Ausbau als auch das verdichtete Bauen vorangetrieben werden. Die entsprechenden Formalitäten sind zu vereinfachen.

Minimalstandards für Neubauten einführen

Stadt und Kanton müssen sich dafür einsetzen, dass die Energiestandards für Neubauten strenger werden. Nullenergiehäuser sollten bis 2020 für Neubauten Standard sein. Für den Ersatz von ineffizienten Technologien wie Elektro- oder Ölheizungen, mobilen Klimaanlage oder Elektrogeräten mit hohem Stand-by-Verbrauch sind wirtschaftliche Anreize zu schaffen. Die Stadt hat die Voraussetzungen zu schaffen, dass Zürich in der Entwicklung von Smart Homes eine Vorreiterrolle einnimmt.

Wärmegewinnung ausbauen

Die Wärmegewinnung muss mittelfristig unabhängig von Öl und Gas möglich sein. Dazu müssen noch vermehrt Solarenergie und Geothermie zur Aufbereitung von Warmwasser eingesetzt sowie vorhandene Biomasse (Holz, Gartenabfälle und Kompost) in Form von Wärme und Strom (Wärme-Kraft-Koppelung) genutzt werden. Ebenfalls ist die Nutzung von Fernwärme und Rohabwasser auszubauen.

Elektrizitätsproduktion nachhaltig gestalten

Das EWZ muss die Energieversorgung der Stadt mit nachhaltiger Energie sicherstellen und aus der Atomkraft komplett aussteigen. Dazu gehören neben Wasserkraft, Windkraft und Solarenergie auch der Ausbau von Geothermie und Erdwärme sowie der Einbezug von Biomasse. Die Verwendung von Solar- und Brennstoffzellen zur dezentralen Energieversorgung mit Einspeisemöglichkeit durch Private soll ebenfalls ermöglicht werden. Das Angebot von Energiedienstleistungen ist weiter auszubauen.

Clevere Energieverteilung realisieren

Clevere Netze (Smart Grids) erlauben eine effizientere Verteilung durch lokale Erzeugung und Nutzung der Energie (Microgrids), zusätzliche Stromeinspeisung aus privater Erzeugung (z.B. Solarenergie) und das Brechen von Verbrauchsspitzen. Damit die Messung und Steuerung des eigenen Stromverbrauchs möglich ist und die Stromverbraucher/-innen eigenverantwortlich handeln können, müssen bei anstehenden Austauscharbeiten intelligente Stromzähler auf Basis von offenen Standards flächendeckend installiert werden. Die glp Stadt Zürich sieht darin, zusammen mit der Förderung von «intelligenten» Häusern und E-Mobilität, einen zentralen Schritt in die energieeffiziente Zukunft.

STÄDTISCHE NATUR SCHÜTZEN

Die natürliche Umwelt erfüllt wichtige Aufgaben in der Stadt, beispielsweise als Naherholungsgebiet für die Bevölkerung, als Rückzugsort für Tiere oder in klimatischer Hinsicht. Gerade in einer wachsenden Stadt steht die Natur unter permanentem Druck. Wir wollen die städtische Natur schützen, damit sie auch in Zukunft einen entscheidenden Beitrag an die Lebensqualität leisten kann.

Die Grünliberalen werden sich deshalb in der nächsten Legislaturperiode für folgende Anliegen engagieren:

Stadtklima im Auge behalten

Die bauliche Weiterentwicklung von Zürich kann sich negativ auf unser Stadtklima auswirken. Bestimmte Baustrukturen verändern die Durchlüftung, Baukörper speichern Wärme und strahlen sie ab. Auch der Grad der Bodenversiegelung trägt zur Erwärmung des lokalen Klimas bei. Das steigende Verkehrsaufkommen belastet zudem die Luft, während die ungenügende Durchlüftung sich auf die Luftschadstoffkonzentration auswirkt. Eine im Auftrag des Gesundheits- und Umweltdepartements durchgeführte Studie geht in Zürich gar von luftschadstoffbedingten Gesundheitskosten von 190 Millionen Franken pro Jahr aus. Die Grünliberalen wollen deshalb die negativen Auswirkungen der baulichen Weiterentwicklung auf das Stadtklima reduzieren.

Zur Erreichung der Luftreinhalteziele muss neben der Sanierung von Heizungsanlagen weiterhin die Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsmittel forciert werden.

Die Stadt braucht mehr Grünflächen

Bestehende Grünflächen müssen erhalten und neue geschaffen werden. Diese bieten der Bevölkerung vielfältige Erholungsräume und leisten einen Beitrag zur Biodiversität. Sie sind mit geeigneten (garten) baulichen Massnahmen zu pflegen und – wo angezeigt – aufzuwerten. Weiter ist auf den Baumbestand zu achten und die «Durchgrünung»

mittels Gebäudebegrünung (Dach- und Vertikalbegrünung) zu fördern. Bei Flächenversiegelungen sollte eine kompensatorische Entsiegelung in Erwägung gezogen werden.

Ökologische Raumplanung realisieren

Durch eine geschickte Raumplanung kann die Vernetzung der Naturräume in der Stadt gefördert und können gleichzeitig der Siedlungsdruck und der Raumbedarf der Mobilität verringert werden. Unberührte Naturräume, unversiegelte Bodenflächen und eine höchstmögliche Biodiversität sind in der ökologischen Raumplanung genauso zu berücksichtigen wie die Nutzungsbedürfnisse der Zürcher Bevölkerung.

Naherholungsgebiet Wald schützen und nützen

Der städtische Wald soll sowohl Tier als auch Mensch zur Verfügung stehen. Wo nötig und sinnvoll, sind Ruhezone für Wild und Wald anzuzeigen und durchzusetzen. Gleichzeitig soll ein geeigneter Anteil der Waldfläche für intensivere Nutzungen wie zum Beispiel Mountainbike-Trails bereitstehen. Die isolierten Waldgebiete sollen längerfristig miteinander vernetzt werden.

Rohstoffkreisläufe schliessen

Mit der städtischen Grünabfuhr wurde ein erster Schritt getan, um Gartenabraum und biogene Abfälle ökologisch und mit Energiegewinn zu verwerten. Dabei können wertvolle Rohstoffe für Landwirtschaft und Gartenbau gewonnen werden. Um den Rückgewinnungsgrad zu steigern, soll das Angebot der Grünabfuhr auf Mietliegenschaften erweitert werden. Ebenso soll die Stadt zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um die wertvollen Stoffe aus der Kehrichtschlacke zurückzugewinnen, statt sie für teures Geld zu deponieren.

Wasser: Verbrauch senken und in der Freizeit massvoll nützen

Der Zugang zu sauberem Wasser sowie die Sammlung und Reinigung des verbrauchten Wassers sind ein kritischer Teil der städtischen Infrastruktur. Diese Leistungen werden derzeit in hoher Qualität und zu vernünftigen Preisen erbracht, daran gibt es keinen Änderungsbedarf. Einzig der hohe Wasserverbrauch in der Stadt Zürich ist problematisch. Wir setzen uns dafür ein, das Verursacherprinzip auch hier konsequent bis hin zum Endverbraucher umzusetzen, um das Bewusstsein für die ver(sch)wendete Wassermenge zu schärfen.

Auch bei den städtischen Wasserflächen wird ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Schutz der Natur und Nutzungsbedürfnissen durch die Menschen angestrebt.

6 FÜR EIN FLORIERENDES GEWERBE

Zürich ist der führende Unternehmensstandort der Schweiz und ein bedeutendes Wirtschaftszentrum Europas. Damit die hohe Wettbewerbsfähigkeit gesichert, neue Arbeitsplätze geschaffen und die Steuern auf attraktivem Niveau gehalten werden können, ist es unerlässlich, dass die städtischen Behörden für unternehmerfreundliche Rahmenbedingungen sorgen.

Im Sinne einer Risikodiversifizierung hat sich die Stadt im besonderen Masse für die KMU-Anliegen einzusetzen, ohne dabei die Bedürfnisse der Grossunternehmen zu vernachlässigen; der Pflege der Branchenvielfalt in der Stadt ist in diesem Zusammenhang ebenfalls besonderes Augenmerk zu schenken. Auch wenn der Zürcher Verwaltung bezüglich Unternehmerfreundlichkeit und Effizienz generell gute Noten ausgestellt werden, wirkt sich die seit vielen Jahren steigende finanzielle, regulatorische und administrative Belastung der Unternehmen, insbesondere der KMU, hemmend auf die wirtschaftliche Dynamik aus.

Auf der anderen Seite gibt es aus wirtschaftlicher Sicht eine Vielzahl von Chancen: Neue Technologien, die Umstellung von Verhaltensmodellen in Bezug auf den Ressourcenverbrauch und politische Vorgaben zur Energiewende erfordern Innovation und Spezialwissen. Gut ausgebildete Fachkräfte, interdisziplinäre Geschäftsmodelle sowie innovations- und wettbewerbsfördernde politische Rahmenbedingungen bieten ein enormes wirtschaftliches Potenzial für ein auch in der Zukunft wettbewerbsfähiges Zürich.

Konkret werden sich die Grünliberalen in der Legislatur 2014–2018 für folgende Schwerpunktthemen einsetzen:

Unternehmerfreundliches Umfeld schaffen

Für ein gesundes und dynamisches Unternehmertum sind wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen und Stabilität zentrale Voraussetzungen. Dazu gehören ein liberaler Arbeitsmarkt mit genügend gut ausgebildeten Fachkräften, ein modernes Schul- und Kinderbetreuungsnetz, moderate Steuersätze sowie Regelungen und Vorschriften,

die den Bedürfnissen der Unternehmerinnen und Unternehmer nach berechenbaren, praxisnahen und langfristig orientierten Vorgaben Rechnung tragen.

KMU entlasten

Unternehmerinnen und Unternehmer sollen sich auf ihr Kerngeschäft – die Führung der Firma – konzentrieren und möglichst wenig Zeit mit Formularen und der Abarbeitung gesetzlicher Auflagen verbringen müssen. Die konsequente Vereinfachung von Gesetzen und Reglementen sowie die Straffung von Verfahren und Behördenkontakten verschaffen hier den notwendigen unternehmerischen Freiraum.

Start-ups und Innovation unterstützen

Innovation und motivierte Jungunternehmer/-innen sind zentrale Stützen eines gesunden Unternehmertums. Dazu gehören auch günstige Rahmenbedingungen für Start-ups, Techno- und Innovationsparks sowie der erleichterte Zugang zu Fremdkapital. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sollen Business-Angels und ähnliche private Initiativen erfahrener Unternehmerinnen und Unternehmer in die Wirtschaftsstrategie der Stadt miteinbezogen werden.

Standortpflege mit Langfristperspektive

Die Grünliberalen stehen der Tendenz, immer wieder neue Standortförderungsinstitutionen und -aktionen ins Leben zu rufen, kritisch gegenüber. Die beste Standortpflege sind lokale Behörden, die den Unternehmen als kompetente Ansprechpartner zur Seite zu stehen, ein modernes Schul- und Kinderbetreuungsnetz, eine ausgezeichnete Infrastruktur, unternehmerfreundliche Rahmenbedingungen sowie stabile Steuern.

7 FINANZPLANUNG MIT AUGENMASS

Die Finanzen der Stadt Zürich befinden sich momentan in einer angespannten Situation. Zusätzlich droht von verschiedenen Seiten weitere Gefahr. Auf der Ertragsseite sind die Steuereinnahmen rückläufig. Falls juristischen Personen in Zukunft weitere Steuererleichterungen gewährt werden, wie sie zurzeit auf Bundesebene in Planung sind, muss Zürich mit einem Rückgang der gesamten Steuereinnahmen von rund 300 Millionen Franken rechnen.

Die Aufwandseite wird ohne Gegensteuer weiter ansteigen. Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben der Verwaltung und Politik ambitionierte Vorgaben in Sachen Kinderbetreuung, 2000-Watt-Gesellschaft, Wohnungsbau und Verkehr gesetzt. Die Grünliberalen teilen oder respektieren diese Ziele. Allerdings ist die glp überzeugt, dass nur eine prosperierende Wirtschaft und ein intakter Finanzhaushalt die Voraussetzungen dafür bieten, diese Vorhaben auch zu realisieren.

Die Grünliberalen werden sich deshalb in der nächsten Legislaturperiode für folgende Anliegen engagieren:

Mittel effizient einsetzen

Die lange städtische Wunschliste verlangt nach einem effizienten Einsatz der vorhandenen Mittel. Da jeder vorhandene Franken nur einmal ausgegeben werden kann, müssen Projekte und Vorhaben nicht aufgrund ihrer Symbolkraft, sondern aufgrund ihrer Wirkung respektive ihres Beitrags zur Realisierung der Ziele eingesetzt werden.

Projekt 17/0 mutig realisieren

Die Überprüfung und wo möglich der Abbau städtischer Leistungen, wie sie vom Stadtrat mit dem Projekt 17/0 initiiert worden sind, müssen mutig und ohne Scheuklappen umgesetzt werden.

Steuern stabil halten

Die Steuern in der Stadt Zürich liegen über dem kantonalen Durchschnitt. Das ist zwar unerfreulich, lässt sich jedoch erklären mit den Zentrumslasten und der Tendenz, zunehmend Aufgaben den Ge-

meinden, namentlich den Städten, zu delegieren. Die glp ist überzeugt, dass die Attraktivität Zürichs für private und juristische Personen nicht in erster Linie eine Frage möglichst tiefer Steuern ist. Fatal hingegen wären Erhöhungen oder ein permanentes Herumschrauben am Steuerfuss. Die glp wird sich deshalb gegen Steuererhöhungen aussprechen und Steuersenkungen nur dann zustimmen, wenn die tieferen Sätze auch langfristig gehalten werden können.

Eigenkapital schonen

Der städtische Finanzplan budgetiert für die kommenden Jahre rote Zahlen. Nach Ansicht der glp sind Aufwandüberschüsse in den laufenden Rechnungen zu vermeiden oder zu minimieren, damit das städtische Eigenkapital von rund 700 Millionen Franken geschont wird. Ein bescheidener Rückgang des Eigenkapitals kann dann in Kauf genommen werden, wenn es sich um ein konjunkturelles und nicht um ein strukturelles Defizit handelt und wenn dadurch auf Steuererhöhungen verzichtet werden kann.

Investitionsplafond einhalten

Der rollende Investitionsplafond von 850 Millionen Franken ist unbedingt einzuhalten. Zürich profitiert noch immer von einer vorteilhaften Zinslandschaft. Die weiterhin hohe Investitionstätigkeit und Schulden am Kapitalmarkt von über 5 Milliarden Franken bergen bei einem Zinsanstieg jedoch beträchtliche Risiken. Die Grünliberalen wollen bei den Investitionen klar zwischen notwendig und wünschbar unterscheiden.

Anreize für Private schaffen

Die Grünliberalen sind überzeugt, dass sich die städtischen Herausforderungen, namentlich in den Bereichen Kinderbetreuung, 2000-Watt-Gesellschaft und Wohnungsbau, mit einer Beteiligung Privater besser meistern liessen. Die Stadt soll deshalb entsprechende Anreize schaffen oder Hindernisse für Privatinitiativen beseitigen.

FÜR DIE VIelfALT DER LEbensFORMEN

Die glp steht für eine zeitgemässe Familien- und Geschlechterpolitik. Diese basiert auf dem Prinzip der freien Selbstbestimmung über An-gelegenheiten des persönlichen Lebens. Die Grünliberalen setzen sich dafür ein, dass die Politik der Vielfalt der Lebensformen gerecht wird. Jeder Mensch soll sich frei für den selbst gewählten Lebensentwurf und die von ihm gewünschte Form gleichberechtigten Zusammenlebens entscheiden können. Eine bloss historisch gewachsene struk-turelle und finanzielle Bevorzugung bestimmter Modelle des Zusammenlebens lehnt die glp ab.

Der besondere Schutz der Gesellschaft soll denjenigen Formen des Zusammenlebens gelten, in denen Verantwortung für Kinder, Ju-gendliche und/oder pflegebedürftige Menschen übernommen wird. Ebenso sollen Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Akzeptanz unterschiedlicher geschlechtlicher und sexueller Identitäten bzw. Orientierungen unterstützt werden.

Die Grünliberalen werden sich deshalb in der Legislatur 2014–2018 unter anderem für folgende Anliegen einsetzen:

Lebensgemeinschaften unterstützen, die Verantwortung für Heranwachsende und Schwache übernehmen

Die Grünliberalen setzen sich für die gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen ein, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Unabhängig vom gewählten Lebensmodell sollen Lebens-gemeinschaften, in denen Kinder und Jugendliche aufwachsen und/oder schwache Menschen versorgt werden, besonderen Schutz geniessen. Um die freie Selbstbestimmung des Lebensentwurfes zu ermöglichen, sind in ausreichendem Mass Betreuungsangebote für Kinder und Entlastungsangebote für Lebensgemeinschaften, die Ver-antwortung für pflegebedürftige Personen übernehmen, zu schaffen.

Familie und Beruf müssen für alle vereinbar sein

Die Grünliberalen setzen sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Konkret werden folgende Massnahmen unterstützt, die nicht nur für mehr Chancengleichheit sorgen, sondern Unternehmen auch nachweisbare Vorteile durch ein familienfreundliches Betriebsklima bieten: Möglichkeit zur Reduzierung der Arbeitszeit, Flexibilität in der Einteilung der Arbeitszeit, Berücksichtigung unabdingbarer familiärer Verpflichtungen sowie Arbeit von zu Hause aus.

Geschlechtliche und sexuelle Identitäten und Orientierungen respektieren

Die glp steht für eine Politik, die unterschiedliche geschlechtliche und sexuelle Identitäten bzw. Orientierungen respektiert. Die Grünliberalen werden sich daher gegen jegliche Diskriminierung aufgrund von Ge-schlecht, Geschlechterrollen, sexueller Identität oder Orientierung wehren; dazu gehören insbesondere Benachteiligungen am Arbeits-platz und/oder im Verkehr mit öffentlichen Organen.

9 BILDUNG UND MIT- SPRACHE FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Bildung ist der wichtigste Rohstoff der Schweiz. Chancengerechtigkeit, unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft oder vom Geschlecht, sowie die Vermittlung von Fähigkeiten und Wissen, die ein selbständiges Leben ermöglichen, sind dabei oberstes Ziel. Um dieses Ziel zu erreichen, muss ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Fördern und Fordern herrschen; dazu gehören die Leistungsbewertung durch Noten sowie verbindliche Lehrpläne ebenso wie gezielte Unterstützungsmassnahmen im Einzelfall. Das schweizerische Bildungssystem, insbesondere die duale Berufsbildung, erhält generell gute Noten, dennoch gibt es – gerade in der Stadt – Handlungsbedarf.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Realität der Familien mit Kindern in unserer Stadt tiefgreifend verändert: Die Vielfalt der Lebensformen hat zugenommen, ebenso die Mobilität der Familien, die Berufstätigkeit von Müttern und das Familienengagement der Väter. Die im Juni 2011 vom Kanton Zürich publizierte Lernstandsstudie zeigt, dass am Ende des 6. Schuljahres 17 Prozent der Schüler die Lehrpläneziele in Deutsch nicht erfüllt, in Mathematik waren es 18 Prozent. Gestiegen sind auch die Qualifikationsanforderungen an unsere Kinder und Jugendlichen. Beim Übergang von der obligatorischen zur nachobligatorischen Ausbildung bekunden daher viele Jugendliche Mühe.

Die Grünliberalen werden sich deshalb in der nächsten Legislaturperiode für folgende Anliegen einsetzen:

Mehr Freiheit und Autonomie für Schulen

Generell befürwortet die glp eine möglichst weitreichende Autonomie in Finanz- und Organisationsfragen für die einzelnen Schulen. Damit erhalten die Schulen den notwendigen Handlungsspielraum, um der gestiegenen gesellschaftlichen Vielfalt im schulischen Umfeld Rechnung zu tragen.

Alle müssen Zugang zum Betreuungsangebot haben

Die Grünliberalen wollen, dass für alle Kinder und Jugendlichen genügend familienexterne Betreuungsangebote zur Verfügung stehen. Eltern, die Anrecht auf einen subventionierten Betreuungsplatz haben, sollen diesen auch erhalten. Um Angebot und Nachfrage in Einklang zu bringen, unterstützt die glp die Einführung von Betreuungsgutscheinen.

Voraussetzungen für Schulerfolg schaffen

Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse oder solche, die nicht auf eine hinlängliche Unterstützung ihrer Familie zählen können, haben oft Schwierigkeiten, in unserem Schulsystem entsprechend ihren Fähigkeiten zu reüssieren. Deshalb sollen die notwendigen Massnahmen ergriffen werden, damit alle Kinder eine faire Chance auf Schulerfolg haben. Dazu gehört neben gezieltem Ergänzungsunterricht in der Volksschule – wo angezeigt – auch eine obligatorische (Sprach-) Förderung im Vorschulalter.

Tagesschulen als Standardmodell der Volksschule einführen

Die Grünliberalen erachten ein Schulsystem im Stil der 1950er-Jahre als überholt. Schule und Betreuung gehören zusammen, müssen sich ergänzen. Am besten und günstigsten gelingt dies in den Tagesschulen. Kinder und Jugendliche profitieren erwiesenermassen am meisten von dieser Schulform. Neben einem einheitlichen Tagesablauf sowie konstanten Ansprechpersonen und Gruppen erreichen die Tagesschülerinnen und Tagesschüler überdurchschnittliche Werte bezüglich Sozialkompetenz und schulischen Leistungen. Tagesschulen verbessern auch die Planbarkeit und damit den Aufwand für Eltern und Behörden.

Überbordenden sonderpädagogischen Massnahmen den Kampf ansagen

Kein Kind soll auf eine sonderpädagogische oder therapeutische Massnahme verzichten müssen, wenn es sie wirklich braucht. Die Summe aller Massnahmen ist in den letzten Jahren rapide in schwindelerregende Höhen angestiegen, was auch Fragen bezüglich unseres Schulsystems aufwirft. Diese sonderpädagogischen Massnahmen sind nicht nur teuer, sondern oft auch wirkungslos. Die glp wehrt sich daher gegen weitere sonderpädagogische Massnahmen und befürwortet – wo immer möglich – einen Abbau derselben.

Jugendlichen eine Chance auf Arbeit ermöglichen

Die glp will, dass alle Jugendlichen einen Anschluss an die obligatorische Schulbildung erreichen. Möglichst viele Jugendliche sollen so einen Mittelschul-, Berufsfachschul- oder Lehrabschluss erlangen. Dies ist die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Eingliederung in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt. Durch eine enge Zusammenarbeit aller Bezugspersonen mit den Jugendlichen – bei Bedarf unterstützt durch öffentliche Angebote oder private Übertrittsprojekte – kann dieses Ziel erreicht werden.

Kindern und Jugendlichen eine Stimme geben

Die Grünliberalen setzen sich dafür ein, dass Kinder und Jugendliche die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen direkt mitgestalten können. Diese Einbindung soll nicht nur theoretisch und indirekt erfolgen, sondern praktisch und direkt durch das Instrument der Jugendinitiative, das allen in der Stadt wohnhaften 12- bis 18-Jährigen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft offenstehen soll.

Freiräume für Kinder und Jugendliche

Freiräume sind für Kinder und Jugendliche für die Entwicklung sozialer Kompetenzen unerlässlich. Der öffentliche Raum als Begegnungsort bietet zudem ein wichtiges Lernfeld, in dem Kinder und Jugendliche Grenzen ausloten und das Zusammenleben mit Gleichaltrigen sowie anderen Generationen üben können. Die glp engagiert sich dafür, dass solche (Frei-)Räume erhalten bleiben.

10 HILFE ZUR SELBSTHILFE

Als bevölkerungsreichste Stadt der Schweiz sieht sich Zürich mit grossen Herausforderungen im Sozial- und Gesundheitsbereich konfrontiert. Die Stadt gewährleistet eine jederzeit verfügbare Gesundheitsgrundversorgung für alle Bewohnerinnen und Bewohner und stellt für Menschen, welche sich in einer schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lage befinden, Angebote bereit, damit sie ihre Situation verbessern können. Die Grünliberalen gewichten die Eigenverantwortung im Sozial- wie auch im Gesundheitsbereich hoch.

Im Bereich Soziales bedeutet dies, dass alle Menschen ihr Möglichstes tun sollen, um den Lebensunterhalt selbständig zu bestreiten. Die Rahmenbedingungen bei den Sozialversicherungen und in der Sozialpartnerschaft sind so zu gestalten, dass Eigenverantwortung den Menschen auch konkrete wirtschaftliche Vorteile einbringt und Arbeit sich lohnt. Die Stadt soll eingreifen, wo sich Menschen in sozialen Engpässen befinden, welche es ihnen nicht mehr erlauben, sich eigenverantwortlich daraus zu befreien. Diese Massnahmen sollen nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe erfolgen und mit dem Ziel, die Eigenständigkeit der Betroffenen möglichst bald wiederherzustellen.

Die Grünliberalen werden sich deshalb in der Legislatur 2014 – 2018 für folgende Anliegen engagieren:

Eigenverantwortung fördern

Eigenverantwortung ist ein Dauerthema im Sozial- wie auch im Gesundheitsbereich. Von Sozialhilfebezügern wird erwartet, dass sie sich nach Kräften einsetzen, um möglichst bald wieder selbständig leben zu können. Sozialhilfe soll als Entwicklungsvereinbarung mit den unterstützten Personen verstanden werden, die bei wiederholtem Nichteintreten auf Hilfe zur Selbsthilfe und bei einer Weigerung zur Übernahme von Eigenverantwortung auch Sanktionen nach sich ziehen soll – etwa die Kürzung von Leistungen.

Prävention stärken

Das Bewusstsein der Bevölkerung ist hinsichtlich der Konsequenzen des eigenen Tuns zu stärken. Prävention und Gesundheitsförderung im Kampf gegen chronische Krankheiten sind noch mangelhaft. Die

Folgekosten eines ungesunden Lebenswandels, aber auch eines steten Ausbaus der Gesundheitsversorgung müssen der Bevölkerung klar vor Augen geführt werden.

Bildung ist die beste Sozialpolitik

Die Grünliberalen setzen sich dafür ein, dass Jugendliche ohne Lehrstelle oder alleinerziehende junge Eltern die Möglichkeit erhalten, eine Berufsausbildung zu absolvieren, wo angezeigt auch in Teilzeit. Ebenso sollen erwachsene Bezüger/-innen von Sozialhilfe eine Berufsbildung nachholen können, denn dies senkt langfristig die Sozialkosten. Dadurch wird die Selbständigkeit gestärkt und die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Inanspruchnahme der Sozialhilfe gesenkt.

Zeitgemässe Rahmenbedingungen für die Prostitution

Prostitution ist in fast allen Kulturen zu finden; in der Schweiz ist sie legal. Die Grünliberalen unterstützen Massnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation von Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter und zur Verhinderung von Gewalt gegen Prostituierte. Der Kampf gegen den Menschenhandel im Umfeld der Prostitution ist mit aller Härte zu führen. Die glp setzt sich zudem dafür ein, dass sich die Strassenprostitution nicht in Quartiere verschiebt, in denen sie nicht erlaubt ist.

Den demografischen Wandel gestalten

Generell engagieren sich die Grünliberalen dafür, dass der demografische Wandel proaktiv angegangen wird: Die Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft sollen insbesondere bei der Stadtentwicklung, in der Verkehrsplanung, beim Wohnbau, in der Konzeption öffentlicher Bauten und Dienstleistungen, in der Gesundheitsversorgung sowie im Freizeitangebot gebührend berücksichtigt werden.

Ältere Arbeitnehmende stärken

Vermeint fällt es älteren Arbeitnehmenden schwer, eine angemessene Arbeit zu finden. Teilweise werden ältere Arbeitnehmende entlassen und durch jüngere (und billigere) ersetzt. Dieses Problem könnte sich mit der absehbaren Erhöhung des AHV-Alters noch verschärfen. Die glp wird darauf hinwirken, die Rahmenbedingungen für die Beschäftigung von älteren Arbeitnehmenden zu verbessern.

11 FAIRNESS IM ZUSAMMENLEBEN

Die Grünliberalen stehen für eine faires und offenes Miteinander in einer Stadt, in der Menschen aus über 150 Nationen lernen, arbeiten und leben. 2012 waren gut 30 Prozent der Bevölkerung Ausländer/-innen, 60 Prozent der Zürcher/-innen sind im Ausland geboren oder haben mindestens einen Elternteil, der nicht in der Schweiz geboren ist. Migrantinnen und Migranten haben grossen Anteil am Zürcher Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturleben und tragen zum guten Funktionieren der Stadt bei.

Als wichtige Elemente eines respektvollen Zusammenlebens erachtet die glp eigene Anstrengungen der Ausländer/-innen, ergänzt durch öffentliche und von der Wirtschaft (mit)finanzierte Integrationsangebote, kommunale Mitsprachemöglichkeiten auch für Stadtbewohner/-innen ohne Schweizer Pass, den Verzicht auf zusätzliche kommunale Einbürgerungskriterien sowie einen fairen Umgang mit Asylsuchenden.

Die Grünliberalen werden sich deshalb in der Legislatur 2014–2018 unter anderem für folgende Anliegen einsetzen:

Integration ermöglichen

In unserem hoch entwickelten Land mit einer vom Dienstleistungssektor dominierten Wirtschaft sind eine möglichst hohe Vertrautheit mit den hiesigen Gepflogenheiten sowie gute Deutschkenntnisse für das Führen eines eigenverantwortlichen Lebens unerlässlich. Die Grünliberalen befürworten deshalb, dass sich die öffentliche Hand bei Integrations- und Deutschkursen für Einwanderinnen und Einwanderer finanziell engagiert. Dabei werden sowohl eine höhere Verbindlichkeit bei der Wahrnehmung solcher Angebote als auch eine stärkere Beteiligung der Wirtschaft unterstützt. Der Bildung von Parallelgesellschaften wird so entgegengewirkt und die Erfolgchancen von Kindern und Jugendlichen werden erhöht.

Keine zusätzlichen Hürden bei der Einbürgerung

Generell sind die Anforderungen zum Erhalt des Schweizer Passes für einbürgerungswillige Ausländer/-innen hoch. Wer sich gut integriert, soll schnell und unkompliziert eingebürgert werden, unabhängig von der Dauer des Aufenthalts in der Schweiz. Konsequenterweise lehnt die glp zur Erteilung des Bürgerrechts jegliche zusätzlichen kommunalen Erfordernisse neben den bereits bestehenden, übergeordneten Gesetzen ab.

Zäme läbe, zäme entscheide

Für die Grünliberalen gibt es keine Rechtfertigung, über 30 Prozent der Bevölkerung, die meist schon viele Jahre in der Stadt Zürich leben, dauerhaft von der Teilnahme am politischen Leben auszuschliessen. Die glp unterstützt daher Vorstösse, die mehr Menschen die Teilnahme an den politischen Prozessen in der Stadt erlauben, sei es in Form des Stimm- und Wahlrechts für Ausländer/-innen, sei es mit einem speziellen Initiativrecht für Jugendliche oder der Abschaffung der 5-Prozent-Hürde bei den Gemeinderatswahlen zugunsten kleinerer Parteien.

Mit Asylsuchenden fair umgehen

Die Schweiz hat eine lange humanitäre Tradition, die auf Werte wie Menschlichkeit, Vernunft, Ausgewogenheit und Solidarität baut. Die Grünliberalen setzen sich für kurze Verfahren ein und übernehmen Verantwortung, indem sie das geplante Asylverfahrenszentrum des Bundes in der Stadt Zürich unterstützen. Dabei würdigt die glp auch die Vorteile einer solchen Lösung, wie etwa den effizienten Ressourceneinsatz und die Anrechnung der im Bundeszentrum untergebrachten Asylsuchenden auf die Aufnahmequote der Stadt.

12 LEBENDIGE KULTUR- UND SPORTSZENE

Kultur

Zürich ist eine Kulturstadt. Das reiche Angebot trägt zur Lebensqualität der Bewohner/-innen und zur Standortattraktivität der Stadt bei. Unsere Kultureinrichtungen erfüllen moderne Freizeitbedürfnisse. Künstlerisch-kreative Tätigkeiten dienen aber nicht nur der Unterhaltung. Kultur gibt gesellschaftlichen Fragestellungen neue Impulse und ermöglicht Erkenntnisgewinne. Als Vermittlerin unterschiedlicher Generationen und Lebensweisen übernimmt Kultur eine wichtige identitätsstiftende Funktion. Kultur ist eine wichtige Grundlage, auf der sich die Gesellschaft intellektuell weiterentwickelt, und leistet einen Beitrag zu Innovation und Fortschritt. In einer wissensorientierten Welt ist die Kultur- und Kreativwirtschaft auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Das kulturelle Leben in Zürich ist in den letzten 25 Jahren erfreulicherweise farbiger und vielfältiger geworden. Kultur hat ihren Wert und ihren Preis. Der Nettoaufwand für die Kulturförderung der Stadt Zürich lag in den letzten Jahren zwischen 1 und 1,5 Prozent des städtischen Gesamtaufwands. Die grünliberale Kulturpolitik will die Vielfalt des künstlerischen Schaffens und das breite Kulturangebot erhalten und fördern.

Die Grünliberalen werden sich deshalb in der nächsten Legislaturperiode für folgende Anliegen einsetzen:

Künstlerische Freiheit respektieren

Es gehört zum Wesen der Kunst, dass sie ab und zu Grenzen überschreitet, provoziert oder die öffentliche Hand, die sie füttert, beisst. Damit können und wollen wir leben. Kulturelle Experimente von heute werden die klassischen Werke von morgen. Wir wollen deshalb die künstlerische Freiheit gegen zunehmende Angriffe schützen und den Einfluss der Politik auf das Schaffen der Künstler/-innen so gering wie möglich halten. Gerade weil Kulturpolitik sich um weit mehr als die blosse Frage der Finanzierung von Kulturinstitutionen sowie Künstlerinnen und Künstlern dreht, sollen Bewertungsmassstäbe der Kunstförderung weiterhin in Kommissionsarbeit durch sich regelmässig erneuernde und dadurch unabhängige Fachgremien definiert werden.

Künstlerische Vielfalt und finanzielle Mittel erhalten

Die Stadt Zürich soll die Kultur im bisherigen Umfang fördern. Um Neues zu ermöglichen, müssen aber auch die Bereitschaft und der Mut da sein, bestehende Ansprüche zu hinterfragen. Damit bei gleichbleibendem Budget nicht nur die etablierten Kulturorte bestehen bleiben, muss sichergestellt werden, dass die Finanzierung der drei grossen Institutionen – Kunsthaus, Schauspielhaus und Tonhalle – genügend Spielraum für andere lässt. Dasselbe gilt für die Kriterien der Vergabe von Räumen, welche mit der auf Rotation ausgerichteten, neuen Atelierpolitik der Stadt nun verbessert wird.

Gleichzeitig wollen wir Möglichkeiten prüfen, um weitere Anreize für die private Kulturförderung zu schaffen, beispielsweise durch Steuerabzüge für private Mäzene. Wir wollen durch die Verteilung der vorhandenen Mittel dafür sorgen, dass nicht nur die etablierte Kunst fortbesteht, sondern auch neue Bewegungen entstehen können.

Kulturstandort stärken

Um den Kulturstandort Zürich national und international zu stärken, unterstützen wir Vorhaben wie die Manifesta 2016 und das zeitgleich stattfindende Dada-Jubiläum. Weil Quantität von kulturellen Grossvorhaben nicht automatisch Qualität bedeutet, muss Zürich als Kulturstandort aber auch klare Akzente setzen.

Jugendkultur fördern

Jugendkultur bietet willkommene Freizeitbeschäftigung, langfristige Entwicklungsperspektiven und kann als fruchtbares Fundament für die Kreativwirtschaft dienen. Mit Bandräumen und selbstverwalteten Kunsträumen können Jugendliche auf eine Art und Weise unterstützt werden, die kreativ und integrativ ist.

Sport

Zürich ist auch eine Sportstadt. Für das reiche Angebot sorgen über 500 Sportvereine, darunter Spitzenclubs mit nationaler und internationaler Ausstrahlung im Fussball, Eishockey, Volleyball, Handball und in weiteren Sportarten. Wir erkennen die positive Wechselwirkung zwischen Spitzen- und Breitensport und schätzen den Sport für seinen wichtigen Beitrag an die Gesellschaft. Er bietet den Menschen einen Ausgleich zum Alltag und Herausforderung, er ist aber auch wichtig für die Erhaltung der körperlichen und geistigen Gesundheit. Die Stadt schafft deshalb die Rahmenbedingungen für die sportliche Entfaltung und stellt ausreichend Infrastruktur für den Spitzen- und den Breitensport zur Verfügung.

Die Stadt Zürich ist überdies Gastgeberin zahlreicher Sportanlässe, welchen grosse gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung zukommt und welche die Aufmerksamkeit auch international auf Zürich lenken. Die Durchführung von Sportveranstaltungen und die Organisation des Sportbetriebs ist in erster Linie Aufgabe privater Verbände und Vereine, doch werden diese dabei nach Möglichkeit durch die Stadt unterstützt.

Die Grünliberalen werden sich deshalb in der nächsten Legislaturperiode für folgende Anliegen einsetzen:

Sportvereine unterstützen

Frauen, Männer, Jugendliche und Kinder betreiben in zahlreichen Vereinen der Stadt Zürich den Sport ihrer Wahl. Damit leisten die Sportvereine nicht nur einen Beitrag zur Gesundheit und Fitness der Bevölkerung, sondern auch zur sozialen Integration und zur Überwindung gesellschaftlicher Hürden – gerade bei Kindern und Jugendlichen ein wichtiger Aspekt. Da viele Sportvereine auf Freiwilligenarbeit basieren, soll die Stadt Zürich diese Leistung so weit wie möglich unterstützen, namentlich durch eine geeignete Infrastruktur und ein klares Engagement für die Junior/-innen in den Sportvereinen.

Individualsport fördern

Nicht alle Sportlerinnen und Sportler haben das Bedürfnis, sich in Vereinen zu organisieren. Zahlreiche Joggerinnen, Biker, Inlineskaterinnen und Feierabendkicker zeugen davon. Auch ihnen soll eine geeignete Infrastruktur zur Verfügung stehen. Dazu gehören Grünflächen, Wiesen, Wälder sowie Bike- und Velowege, welche die verschiedenen Aktivitäten auf engem Raum ermöglichen, ohne andere zu beeinträchtigen.

Schulsport stärken

Dem Schulsport kommt eine grosse Bedeutung zu, und er soll fester Bestandteil der Ausbildung von Kindern und Jugendlichen sein. Er bietet eine Abwechslung zum normalen Schulunterricht und sensibilisiert für einen gesunden Umgang mit dem Körper. Im Schulsport können Kinder und Jugendliche überdies den sportlichen Wettbewerb und das Erreichen gemeinsamer Erfolge erlernen.

RÜCKBLICK AUF DIE ERSTE LEGISLATUR 2010 – 2014 IM GEMEINDERAT

Die Grünliberalen haben den Zürcher Gemeinderat in den letzten vier Jahren mit ihrer zwölfköpfigen Fraktion massgeblich geprägt – durch ihre unabhängige, sachliche und verlässliche Art zu politisieren, durch eigene Vorstösse sowie als wichtige Mehrheitsbeschafferin mit den Linksparteien in ökologischen Fragen und mit den bürgerlichen Fraktionen bei finanzpolitischen sowie wirtschaftlichen Themen.

Im folgenden präsentieren wir eine Übersicht unserer erfolgreichen Vorstösse sowie wichtiger Geschäfte, die durch die grünliberale Fraktion massgeblich mitgestaltet wurden, oder bei denen die glp eine zentrale Rolle für den Erfolg eingenommen hat:

Liberales Zürich

- ▶ **Mehr Eigenverantwortung statt mehr Vorschriften:** In der Allgemeinen Polizeiverordnung setzen sich dank der glp mehr Eigenverantwortung und Wirtschaftsfreiheit durch.
- ▶ **Weniger Überwachung:** Die vorsorgliche Registrierung von Fussballfans in der Polizeidatenbank Gamma wurde durch die Ablehnung der Verlängerung des Pilotversuches mit Unterstützung der glp abgeschafft.
- ▶ **Keine Zwangsparkplätze:** Mit Unterstützung und Mitarbeit der Grünliberalen an der neuen Parkplatzverordnung konnte das Ende der Zwangsparkplätze beim Bau von Wohnungen eingeläutet werden.
- ▶ **Legalisierung von weichen Drogen:** Die glp Fraktion setzte sich aktiv für den von grüner Seite angeregten Pilotversuch für den kontrollierten Verkauf von Cannabis ein und verhalf so dem Vorstoss für den Versuch einer Legalisierung zur Mehrheit.
- ▶ **Liberal auch im Umgang mit Migration:** Mit der Unterstützung der Abschaffung zusätzlicher städtischer Vorschriften bei Einbürgerungen und mit der Forderung für einen liberalere Ausgangsregelung stärkten die Grünliberalen die liberale Stimme im Gemeinderat auch in diesem Themenbereich.

Überwiesene glp-Vorstösse: Verhinderung einer Weitervererbung oder Untervermietung von Schiffstandplätzen auf dem Gebiet der Stadt Zürich.

Stadtentwicklung und Wohnen

- ▶ **Mehr bezahlbare Wohnungen:** Mehr gemeinnützige Wohnungen durch Unterstützung der Vergabe von Baurechten an gemeinnützige Wohnbauträger und solche des kommunalen Wohnungsbaus.
- ▶ **Mehr autoarmes Wohnen:** Für all jene neuen Siedlungen, die mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossen sind.
- ▶ **Innovative Ideen für die Stadtentwicklung:** Die glp hat mit ihren acht Vorstössen die Diskussion um die neue Bau- und Zonenordnung (BZO) und deren Zielsetzungen als Erste lanciert.
 - BZO, Bezeichnung von Gebieten für eine gezielte Aufzonung durch eine Anpassung der Geschosshöhen.
 - BZO, Ausschluss der Berechnung der Gebäudehöhe aufgrund des Baulinienabstands.

Überwiesene glp-Vorstösse: Rasche Umsetzung des geplanten Mehrwertausgleichs Kanton und Stadt/Vereinheitlichung der Organisation der Wohnbaustiftungen/Aufwertung des Heimplatzes im Rahmen des Kunsthaus-Neubaus/Einbezug der Quartierbevölkerung bei der Beplanung Areal KHK Josefstrasse/Neugestaltung des Helvetiaplatzes.

Mobilität

- ▶ **Mehr ÖV, Fuss und Veloverkehr in der Stadt Zürich:** Mit dem klaren JA zur von den Grünliberalen mitlancierten Städteinitiative für bessere Erschliessung und besseren Service für ÖV, Fuss- und Veloverkehr in der Stadt Zürich.
- ▶ **Weiterführung des historischen Parkplatzkompromisses:** Das Erfolgsmodell wird dank der glp weder aufgeweicht noch verhärtet.
- ▶ **Mehr Raum für Velos und Grundlage für autofreies Wohnen:** Mit der Allgemeinen Parkplatzverordnung gibt es dank der glp mehr Raum für Velos und weniger Zwangsparkplätze für Autos.

Überwiesene glp-Vorstösse (Auszug): Schaffung von zusätzlichem Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um städtische Bahnhöfe/Ausbau der Nordumfahrung, Realisierung von flankierenden Massnahmen/Einführung einer Buslinie Hauptbahnhof-Am Wasser-Rütihof/Einrichtung von Veloliften oder von kostenlosen Velo-VBZ-Kurzstrecken/Strassenparkplätze in der Innenstadt, Preiserhöhung für eine lenkungswirksame und effiziente Nutzung/Einführung von Tempo 30 auf kommunalen Strassen, auf welchen die Lärmgrenzwerte überschritten werden/Erarbeitung neuer Tramlinien vom Bahnhof Altstetten in den Raum Hauptbahnhof Einrichtung einer Begegnungszone an der Regensdorferstrasse/Beschränkung der Parkzeit für Velos im Gebiet der Grossbahnhöfe.

Energie

- ▶ **Mehr klimaneutrales Biogas:** glp unterstützte nicht nur das Projekt zur Sammlung der Bioabfälle, sondern setzte sich auch für ein Anreizsystem für mehr Grüngutabonnenten ein.
- ▶ **Atomausstieg 2035 verankert, ökologische Revision der Stromtarife lanciert:** In Zusammenarbeit mit Links-Grün konkretisierte die glp das Ja zur Nachhaltigkeit mit dem Zieldatum 2035 und forderte mit der Überweisung weiterer Vorstösse eine ökologische Tarifrevision.
- ▶ **Ersatz von fossilen Heizungen:** Mit dem Vorstoss zum Ersatz fossiler Heizungen in städtischen Liegenschaften durch erneuerbare Energien konnte die glp im Energiebereich einen weiteren Erfolg verbuchen.
- ▶ **Ausbau von Wind und Solarenergie:** glp zeigte sich als verlässliche ökologische Kraft und verhalf allen Ausbauprojekten im Wind und Energiebereich zu einer Mehrheit.

Weitere überwiesene glp-Vorstösse: Forschungsschwerpunkt 2000-Watt-Gesellschaft/Mitgliedschaft Geoenergie Suisse zur Weiterführung der Geothermieforschung/Einsatz von Hybridbussen auf VBZ-Netz/Strombedarf der Dienstabteilungen der Stadt, Deckung zu 100% durch naturmade.star-zertifizierte oder gleichwertige Produkte.

Natur und Umwelt

- ▶ **Mehr Natur beim Bau:** Das erfolgreich überwiesene glp-Postulat «Natur und Bau» schafft eine Brücke vom künstlich geschaffenen Bauwerk hin zu mehr Natur im Alltag.
- ▶ **Mehr Anreize für Suffizienz:** Neben Energieeffizienz und dem Ausbau erneuerbarer Energien ist die Suffizienz die dritte aber bisher vernachlässigte Säule im Kampf gegen den Klimawandel, welche die glp mit dem im Rat angenommenen Vorstoss nun auch in die städtische Klimapolitik eingeführt hat.
- ▶ **Zürich als 2000-Watt Destination:** Mit unserem Vorstoss gelang es, die Förderung von 2000-Watt-kompatiblen Angeboten bei Zürich Tourismus politisch dem Stadtrat aufzutragen.
- ▶ **Kunststoffe für weniger Energieverbrauch:** Ohne Diskussion überwies der Rat das umweltpolitisch sinnvolle glp-Postulat zur Nutzung von energiesparenden Kunststoffen auf öffentlichen Eisbahnen.

Weitere überwiesene glp-Vorstösse: Erarbeitung Masterplan Mobilität zur Erreichung der CO₂-Emissionsziele / Möglichkeit zur Entsorgung von Sperrmüll für die nicht-motorisierte Quartierbevölkerung rund um das Kehricht-Heiz-Kraftwerk Josefstrasse.

Finanzen

- ▶ **Mehr finanzpolitische Vernunft:** Dank glp-Budgetverhandlungen und -Anträgen verhielt sich der Gemeinderat in den Budgetdebatten sowohl auf linker Seite als auch auf bürgerlicher Seite finanzpolitisch vernünftiger und zeigte mehr Budgetdisziplin.
- ▶ **Kein automatischer Teuerungsausgleich in schlechten Jahren:** Mit den glp-Stimmen gelang es, der stadträtlichen Vorlage für den Einbau einer «Notbremse» beim Teuerungsausgleich für das Personal im Falle eines Bilanzfehlbetrags eine Mehrheit zu erlangen.
- ▶ **Überprüfung der Vielzahl von städtischen Lohnnebenleistungen:** Die glp-Fraktion unterstützte die kritische Überprüfung aller Fringe Benefits für städtisches Personal im Sinne einer verbesserten Transparenz.

Weitere überwiesene glp-Vorstösse: Elektronischer Versand der Publikationen an die Rats- und Kommissionsmitglieder / Systematisierung und Vereinheitlichung der Formate und Layouts städtischer Publikationen / Geschäfts- und Wohnhaus Schwamendingenstrasse 10, Prüfung eines kostengünstigeren Standorts nach Ablauf des Mietvertrags 2018 / Bauprojekt Tièchestrasse, Ansetzung des Landwerts für das Baurecht der Mietwohnungen unter Berücksichtigung der vorzüglichen Aussichtslage / Regelung für das Melden von Missständen durch Mitarbeitende der städtischen Verwaltung.

KMU und Wirtschaft

- ▶ **Weniger Bürokratie:** Die von der glp mitgetragene KMU-Initiative wird mit dem gemeinderätlichen Gegenvorschlag als KMU-Artikel in die Gemeindeordnung aufgenommen.
- ▶ **Mehr Innovation und schnelle Kommunikation:** Der Ausbau des Glasfasernetzes als Basisinfrastruktur für IT und Kommunikation wird von der glp aktiv in Kommissionsarbeit und Abstimmungskampf unterstützt.
- ▶ **Mehr Startups und Cleantech:** Mit Überzeugung setzten sich die Grünliberalen für die Anschubfinanzierung für Cleantech und IT Startups (Blue Lion), Mikrokredite und Beratung von Jungunternehmer/-innen (GO! Ziel selbständig & Startzentrum) sowie die Unterstützung des Destinationsmarketings durch Zürich Tourismus ein.

Weitere überwiesene glp-Vorstösse: Senkung der Kosten bei Bauprojekten sowie Vereinfachung der städtischen Bauvorschriften und Bewilligungsverfahren / Streetparade – erweiterte Nutzung von Boulevard-Cafés / Temporäre Nutzung von Parkplatzflächen für die Bewirtung von Gästen während der Ferienzeit.

Familien- und Geschlechterpolitik

- ▶ **Mehr Gleichstellung:** Die glp unterstützte die kostenneutrale Ausweitung des Auftrags der städtischen Fachstelle Gleichstellung auf LGBTI-Anliegen. Der Vorstoss für mindestens 35% Frauen in Kaderstellen der Stadtzürcher Verwaltung fand im Rat dank der Unterstützung einiger glp-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte eine Mehrheit.
- ▶ **Mehr Gleichbehandlung:** Mit dem vom Rat angenommenen Postulat zur Aufnahme der Flagge der Frauenzunft ins städtische Fahnenreglement setzte die glp ein Zeichen für die Gleichbehandlung.

Bildung, Kinder und Jugendliche

- ▶ **Tagesschulen als Standard:** Dank der glp konnte die Zukunftsvision «Tagesschule als Standardmodell der Stadtzürcher Volksschule» eine Mehrheit im Gemeinderat erlangen und befindet sich nun in der Umsetzung.
 - ▶ **Tagesschulen zu vernünftigen Kosten:** Auch mit dem Postulat für flexible Mittagszeiten in der Volksschule war die glp Fraktion erfolgreich und wies dem Stadtrat den Weg für eine kostengünstigere Umsetzung des Tagesschul-Modells.
 - ▶ **Weniger Administration und sonderpädagogische Massnahmen:** Im Budget und im Rat hat die glp erfolgreich zusätzliche administrative und sonderpädagogische Massnahmen sowie den entsprechenden Stellenausbau verhindert.
 - ▶ **Mehr Mitsprache für Kinder und Jugendliche:** Zur Jugendinitiative als politischem Mitspracheinstrument für 12- bis 18-Jährige ist ein grünliberaler Vorstoss hängig – auf dessen Annahme wir stark hoffen.
- Weitere überwiesene glp-Vorstösse:** Vereinfachte Prüfung der Erwerbsnachweise für subventionierte Krippenplätze.

Soziales, Gesundheit und demografischer Wandel

- ▶ **Weniger Strassenstrich, besserer Schutz der Prostituierten:** Die glp unterstützte die Schliessung des Strassenstrichs am Sihlquai und den Aufbau der Sexboxen an der Aargauerstrasse und war massgeblich an der Verabschiedung der neuen Prostitutionsverordnung mit besserem Schutz für die Prostituierten mitbeteiligt.
- ▶ **Weiterführung der guten Quartierangebote:** Die Grünliberalen setzten sich für die Sicherung Finanzierung von Quartiervereinen, Gemeinschaftszentren, soziokulturellen Einrichtungen und Jugendtreffs ein.
- ▶ **Massnahmen zur Arbeitsintegration in der Sozialhilfe:** Die Arbeitsintegration, die Sozialhilfebeziehende auf einen Wiedereinstieg in den regulären Arbeitsmarkt vorbereitet, kann mit Unterstützung der glp weiter geführt werden.

Weitere überwiesene glp-Vorstösse: Einhaltung der Bestimmungen des Landesmantelvertrags im Bauhauptgewerbe auf städtischen Baustellen / Einhaltung der Vorgaben und Empfehlungen des Bundes und der SUVA zum Schutz der Bauarbeiter auf städtischen Baustellen.

Migration, Integration & Bürgerecht

- ▶ **Vernünftige Asylbetreuung:** Mit grünliberalem Support für das Bundesverfahrenszentrum konnten Vorstösse, die ein solches in der Stadt Zürich verhindern wollten, abgewehrt und dafür ein eigener Vorstoss zur Mitsprache beim Betriebskonzept durch den Rat gebracht werden.
- ▶ **Einbindung der Wirtschaft:** Die glp-Fraktion unterstützte im Gemeinderat die sinnvollen städtischen Integrationsangebote unter Mitwirkung der Wirtschaft.
- ▶ **Keine zusätzlichen Hürden:** Mit ihren Stimmen sicherten die Grünliberalen eine Mehrheit für die Abschaffung zusätzlicher kommunaler Anforderungen bei Einbürgerungen.

Weitere überwiesene glp-Vorstösse: Erarbeitung eines Konzepts für den gemeinsamen Versand von Wahlprospekten bei Gemeinde-, Kantons- und Nationalratswahlen.

Kultur und Sport

- ▶ **Balance bei Kulturangeboten gehalten:** Die Unterstützung der Erweiterung des Kunsthouses mit 50% privaten Investoren und der Support zur Weiterführung des Cabarat Voltaire sowie zur Durchführung der 100-Jahre-Feier des Dadaismus in Zürich versinnbildlicht die Balance der Unterstützung kleiner und grosser Institutionen, welche die glp im Rat erfolgreich verfolgte.
- ▶ **Breitensport unterstützt:** Als Teil einer grossen Ratsmehrheit unterstützten auch die Grünliberalen die Erneuerung diverser Sportanlagen, wie beispielsweise Heuried und Buchlern.

Weitere überwiesene glp-Vorstösse: Suche neuer Sponsoren für das Junge Schauspielhaus bzw. die Schauspielhaus AG / Künftige Nutzungsszenarien für das Stadion Letzigrund.

WEITERE INFORMATIONEN ZUR GLP STADT ZÜRICH

Die glp Stadt Zürich im Netz

Web www.zurich.grunliberale.ch
Facebook www.facebook.com/glpstadtzuerich
Twitter www.twitter.com/glpstadtzuerich
Youtube www.youtube.com/user/glpstvchannel

Postadresse

Grünliberale Partei der Stadt Zürich
Postfach 3222
8021 Zürich

Spendenkonto

PC-Konto 85-758901-4

IMPRESSUM

Herausgeberin Grünliberale Partei Stadt Zürich

Redaktionsteam Mitglieder des städtischen
Vorstands und der Gemeinderatsfraktion

Korrektorat www.textcontrol.ch

Layout www.phorbis.com

Druck www.sihltal-druck.ch

Auflage 1000

